

Konsequenzen für die Stadt Lünen klären, falls neues Evonik-Kraftwerk von ihr verhindert wird

SPD kündigt Rechtsgutachten an

Lünen. (kes) Mit einem Rechtsgutachten sollen die Konsequenzen für die Stadt Lünen geklärt werden, falls sie mit allen kommunalen Handlungsmöglichkeiten, besonders der Änderung der Bauleitplanung, ein weiteres Kraftwerk von Steag/Evonik verhindern würde.

Das kündigt der SPD-Stadtverbandsvorsitzende Jürgen Kleine-Frauns in einem Brief zur Kraftwerksdiskussion an, den am Samstag alle Parteimitglieder erhalten haben.

Die Fraktion der Grünen habe in einem Antrag für die Ratssitzung am kommenden Donnerstag diese Verhinderung des Kraftwerks bean-



SPD-Stadtverbandsvorsitzende Jürgen Kleine-Frauns.

tragt. Doch das könne zu Schadenersatzforderungen in Millionenhöhe der Steag/

Evonik führen, schreibt Kleine-Frauns, und werde darum von der SPD nicht befürwortet. Darum sei es sinnvoller, das mögliche Handeln der Stadt zunächst mit Hilfe eines Gutachtens zu klären.

Eigentlich hätten sich Vorstand und Fraktion darauf verständigt, erst einmal keine Stellung zu beziehen und die endgültige Entscheidung von Steag/Evonik abzuwarten. Da aber am 25. September bekannt geworden sei, dass die CDU sich öffentlich gegen einen weiteren Kraftwerksblock ausgesprochen werde, habe auch die SPD sich kurzfristig zu einer Pressemitteilung entschlossen.

Die damit angekündigte

Ablehnung heiße, dass eine zusätzliche Emissionsbelastung des Standortes abgelehnt werde. Kleine-Frauns wörtlich: „Dies soll aber nicht bedeuten, dass die Steag/Evonik den Standort nicht hinsichtlich eines modernen und somit auch umweltfreundlichen Kraftwerkes entwickeln kann.“ Der Konzern müsse nun sein Konzept für die Entwicklung des Standortes darlegen. Darauf werde die SPD drängen.

Wenn die Pläne vorliegen, werde die seit Frühjahr 2007 bestehende Arbeitsgruppe „Luft/Kraftwerk“ sich umgehend damit befassen.

Für die Sozialdemokraten habe der Erhalt und Ausbau

von Arbeitskräften und die Zukunftsfähigkeit Lünens auch weiterhin einen hohen Stellenwert. Die SPD lasse sich nicht durch unglaubwürdige Argumente und Panikmache beirren, obgleich die Ängste der Bevölkerung sehr ernst genommen würden.

Die Parteimitglieder seien gefordert und hätten jetzt die Gelegenheit, ihre Einschätzung mitzuteilen. „Wir haben auf einen üblichen Fragebogen verzichtet, um ein ungeschminktes Meinungsbild zu erhalten“, führt Kleine-Frauns aus. Der Brief enthält einen leeren Abschnitt, auf dem die Mitglieder ihre Meinung schreiben und ihn zurückschicken können.